



# **2. EUROPÄISCHES TREFFEN VON MENSCHEN MIT ARMUTSERFAHRUNGEN**

**Auch wir beteiligen uns an Europa!**

**Eine Konferenz der griechischen EU Präsidentschaft**

**10./11. MAI 2003, BRÜSSEL**

**Mit Unterstützung der**

Europäischen Kommission

Abteilung Armutsbekämpfung / Öffentliche Anstalt für soziale Sicherheit (Belgien)

**Unter Mitwirkung von**

EAPN – Europäisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Der vorliegende Kurzbericht ist auch in folgenden Sprachen erhältlich: Italienisch, Spanisch, Englisch, Portugiesisch, Finnisch, Dänisch und Schwedisch.

Eine umfassende Dokumentation des Treffens liegt in Englisch, Französisch, Niederländisch und Griechisch vor.

**EAPN**

Rue du Congrès 37-41

B-1000 BRÜSSEL

Telefon : 00 32 2 230 44 55

Telefax: 00 32 2 230 97 33

team@eapn.skynet.be

www.eapn.org

**DANKSAGUNG:**

Redaktion: Micheline Gerondal

Redaktion d. dt. Übersetzung : Michaela Moser

Fotografie: Mathias Horemans

**DRUCK & LAYOUT**

S.P.E.

Telefon: 00 32 2 512 87 00

Telefax: 00 32 2 514 34 23

spe@skypro.be

ISBN 2-930252-30-8

# **Vorwort der griechischen Präsidentschaft**

Die griechische Präsidentschaft hat die belgische Initiative von Minister Johan Vande Lanotte zur Organisation des 2. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen als Ergänzung zu den europäischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut direkt unterstützt. Die Partizipation von in Armut lebenden Menschen muss in der Tat durch die verschiedenen Kanäle, die der Vertrag von Nizza geöffnet hat, verbessert werden.

Im reichen Europa leben 15% der Bevölkerung (das sind 56 Millionen Menschen) in Armut. Darüber hinaus befinden sich 9% der EuropäerInnen ständig am Rande der sozialen Ausgrenzung; viele von Armut betroffene Menschen sind von diesen Zahlen nicht erfasst. Trotz der erzielten Fortschritte gibt es immer noch viel zu tun.

Auch wenn einige der Ziele des Vertrags von Nizza utopisch erscheinen, ist genau jetzt der richtige Zeitpunkt zur Steigerung der humanitären Hilfe, die ja die Grundlage unseres europäischen Modells darstellt. Dies kann dadurch ermöglicht werden, dass die sozialpolitischen Konzepte Europas durch eine Bündelung mit den wirtschaftspolitischen Modellen koordiniert werden. Sozialpolitik ist kein Luxus, sondern ein Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung. Auch die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist ein Weg der sozialen Partizipation. Es ist jedoch inakzeptabel, ausschließlich Gewinnerzielung anzustreben und dabei die sozialen Maßnahmen zum Schutz der Arbeit zu vernachlässigen. Von den heute in Armut lebenden Menschen sind 75% Frauen: es ist daher erforderlich, eine Politik der Gleichberechtigung zu fördern, gegen alle Formen der Segregation und für den Zugang zu individuellen Rechten zu kämpfen.

Dafür stehen nun neue Hilfsmittel zur Verfügung: quantitative Indikatoren wurden kürzlich durch qualitative Indikatoren ergänzt. Wir unterstreichen die Notwendigkeit der Ausarbeitung neuer Nationaler Aktionspläne für Beschäftigung unter Mitwirkung aller AkteurInnen.

Griechenland hat vor kurzem einen Nationalen Ausschuss eingesetzt, zu dem alle in Armut lebenden Menschen eingeladen werden. Auf europäischer Ebene wird der Konvent die Bekämpfung von Armut in seine Arbeit einbeziehen müssen.

Wenn wir leere Vertragswerke vermeiden wollen, müssen alle involvierten Akteure Ihre Aufgaben wahrnehmen. Die griechische Präsidentschaft wird die wichtigsten Ergebnisse dieses Treffens dem bevorstehenden Ministerrat für soziale Angelegenheiten im Juni vorlegen.

Die Bekämpfung der Armut in Zusammenarbeit mit den in Armut lebenden Menschen steht als Garantie für Demokratie.

**DIMITRIOS REPPAS**

Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort der Griechischen Präsidentschaft</b>	<b>3</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>4</b>
<b>I. Einleitung</b>	<b>5</b>
Überblick über das Zweite Treffen	5
Fehler! Textmarke nicht definiert	5
<b>II. Ergebnisse der Arbeitsgruppen</b>	<b>6</b>
Arbeitsgruppe	6
Arbeitsgruppe 2 -	7
Arbeitsgruppe	8
Arbeitsgruppe	9
Arbeitsgruppe 5-	10
<b>III. Die Partizipationsdebatte vorantreiben</b>	<b>14</b>
Berichte der Arbeitsgruppen zum Thema Partizipation	14
<b>ANHANG 1</b>	
<b>Botschaft der griechischen Präsidentschaft an den Ministerrat, Juni 2003</b>	<b>16</b>
<b>ANHANG II - Teilnehmer Innenliste</b>	<b>17</b>

# I. Einleitung

## Hintergrund

Beim Europäischen Rat von Lissabon im März 2000 wurde die Einsetzung einer EU-Strategie vereinbart, deren Ziel es ist, bis zum Jahr 2010 einen entscheidenden Schritt zur Beseitigung von Armut in den Ländern der Europäischen Union zu setzen. Der Europäische Rat von Nizza (7. bis 9. Dezember 2000) hat sich auf gemeinsame Ziele für diese Strategie geeinigt. Eines dieser vereinbarten Ziele ist die Mobilisierung aller AkteurInnen – einschließlich der von Armut betroffenen Menschen. Das erste europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen, das am 1. und 2. Dezember 2001 stattgefunden hat, sollte einen Beitrag zu diesem Ziel der Strategie leisten. Die Begegnung wurde unter belgischer Unionspräsidentschaft als eine Initiative des Stellvertretenden Premierministers und Ministers für Haushalt, soziale Integration und Sozialwirtschaft, Johan Vande Lanotte, organisiert.

Dieses erste Treffen bestätigte die Bedeutung der Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen an diesem Prozess und lieferte den Beweis, dass eine solche Form der

Beteiligung die Standards von Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen verbessert. Zum Abschluss des Treffens und als Reaktion auf die nachdrückliche Forderung aller TeilnehmerInnen versprach Minister Vande Lanotte sich für die Durchführung eines zweiten europäischen Treffens einzusetzen und die europäischen Institutionen für diese Veranstaltung um Unterstützung zu ersuchen.

Die griechische Präsidentschaft der Europäischen Union hat auf diese Initiative reagiert und das 2. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen in ihr Präsidentschaftsprogramm aufgenommen. Beim Engagement für dieses zweite Treffen bestand die Ambition aller betroffenen Parteien darin, eine solche Veranstaltung zu einem regelmäßigen Beitrag zur EU-Strategie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung zu machen, der die vielen anderen Bemühungen aller betroffenen AkteurInnen zum Erreichen des ehrgeizigen Ziels von Lissabon ergänzen kann.

## Überblick über das 2. Europäische Treffen

Das 2. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen wurde am 10. und 11. Mai 2003 in Brüssel unter der griechischen EU-Präsidentschaft und mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des belgischen Ministeriums für soziale Eingliederung veranstaltet. Ziel der Begegnung war es, den Beitrag der in Armut und Ausgrenzung lebenden Menschen zur Gesellschaft hervorzuheben und zu untermauern und die Wirkung ihrer "Stimme" auf Gesetzgebung, politische Maßnahmen und Verwaltungsregelungen, die direkte Auswirkung auf ihren Alltag haben, zu verstärken.

Ziele des Treffens:

- Das Schaffen von Entwicklungsmöglichkeiten für kreatives Lernen sowie von Raum für Reflexion, wobei es zum Austausch der TeilnehmerInnen über ihre Erfahrungen bezüglich Partizipation und Engagement in der Gesellschaft kommen soll.
- Die Entwicklung von Beiträgen auf Grundlage der Erfahrungen der TeilnehmerInnen bezüglich der mit ihrem eigenen Engagement verbundenen „guten Praxis“ der Partizipation.
- Die Stärkung der Partizipation von Betroffenen. Hier war das Treffen selbst bereits ein Mittel und Ziel für die von sozialer Ausgrenzung betroffenen TeilnehmerInnen, zugleich wurde mit diesem partizipativen Prozess ein wegweisendes Mittel der sozialen Eingliederung aufge-

zeigt.

- Die Weiterentwicklung jener Fähigkeiten der TeilnehmerInnen, die deren Beitrag zur Arbeit von Anti-Armuts-Organisationen und Netzwerken, sowie der öffentlichen Behörden, verstärken.
- Die Förderung des Interesses der zuständigen europäischen Institutionen, Menschen mit Armutserfahrungen und deren Verbände in politische Entscheidungen einzubeziehen und sie in die Umsetzung von Maßnahmen und Gesetzen, die alle Aspekte der Lebenssituation der Betroffenen umfassen – einzubinden.

Am Treffen haben 120 TeilnehmerInnen aus den Mitgliedstaaten der EU sowie Delegationen aus Polen, Ungarn, Bulgarien und Lettland teilgenommen, darunter in erster Linie Menschen, die in Armut leben oder gelebt haben, sowie einige Sozial- und GemeinwesenarbeiterInnen mit unmittelbarem Praxisbezug.

Die größte Herausforderung des Treffens bestand darin, über die Ebene der persönlichen Berichte und des Erfahrungsaustausches hinauszugehen und jene Partizipationsmodelle auszuwerten, die derzeit als Beispiele "guter Praxis" bekannt sind und die wirksame Partizipation von in Armut lebenden Menschen auf allen Ebenen zu sichern und umzusetzen.

## II. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Die folgenden Ergebnisse wurden von den TeilnehmerInnen der jeweiligen Arbeitsgruppe ausgearbeitet und beim abschließenden Plenum der Konferenz vorgetragen.

### Arbeitsgruppe 1

Die Arbeitsgruppe wählte persönliche Berichte über die verschiedenen Partizipationsmodelle als Ausgangspunkt und befasste sich mit den Bedingungen für eine echte Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen.

Dies führte zu den Erkenntnissen des ersten Treffens im Jahr 2001 zurück. Es war wichtig, sich die damaligen Erkenntnisse noch einmal in Erinnerung zu rufen und auf diese Weise auch jene, die erstmals an diesem Treffen teilnahmen, damit vertraut zu machen.

Nichtsdestotrotz stand auch zur Debatte, "warum" die Bedingungen für eine echte Partizipation nochmals dargelegt werden mussten. Die entsprechende Schlussfolgerung lautete, dass dies erforderlich wäre, da grundlegende Rah-

menbedingungen zur verstärkten Partizipation noch stets fehlen, darunter auch die wichtigste aller Bedingungen, nämlich "Gehör zu finden". Die Arbeitsgruppe kam jedoch auch zu der Erkenntnis, dass Partizipation in einer Reihe von Ländern inzwischen gesetzlich verankert wurde, wodurch die Einrichtung von Partizipationsmodellen wie beispielsweise "Betroffenenbeiräte" zur gesetzliche Verpflichtung wurde. Dies wurde als positive Entwicklung bewertet

Statt die Behörden zum Zuhören zu zwingen, sollen diese davon überzeugt werden, dass Partizipation wichtig und notwendig ist. Die Behörden brauchen die Erfahrungen von Betroffenen, um politische Maßnahmen zu managen; von Menschen mit Armutserfahrungen wird hier ein unersetzliches Wissen über die harten Alltagsrealitäten geliefert, das Aufschluss über die tatsächlichen Auswirkungen einzelner Maßnahmen gibt.

Die Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen, sowie aller Menschen in Schwierigkeiten, ist vor allem als entscheidender Beitrag zu einer Demokratie zu sehen, die diesen Namen tatsächlich verdient.

# Arbeitsgruppe 2

## Partizipation

Den Bedürfnissen von in Armut lebenden Menschen zu entsprechen ist eine Vorbedingung für jedwede Form der Partizipation.

Partizipation ist ein Recht, keine Gunst.

Ein Partizipationsprozess muss die folgenden Elemente umfassen:

### 1.1. Respekt für die einzelnen Betroffenen:

- ihre Lebenserfahrungen, ihr "Sein"
- ihren Rhythmus und ihr Niveau
- ihre Kommunikationsmethoden, ihre Sprache
- ihr Leben: in Armut lebende Menschen kämpfen an zwei Fronten:
  - im täglichen Kampf ums Überleben
  - im Umgang mit Armut

### 1.2. Menschenwürde

### 1.3. Ressourcen:

- um von einem menschenwürdigem Einkommen leben zu können
- und sich zu guten Zwecken treffen und in Freiwilligen-gruppen arbeiten zu können

### 1.4. Vernetzung

- innerhalb der Gemeinschaft, in der von Armut betroffene Menschen leben
- im Bereich der spezifischen Armutsursache, von der sie betroffen sind
- in ihrem Land
- in Europa

### 1.5. Politisches Management mit den in Armut lebenden Menschen

- Partizipationsprozesse müssen von Beginn an in politische Planungen einbezogen werden.
  - o Menschen mit Armutserfahrungen müssen involviert werden, dabei sollten sie selbst Fragestellungen,

Methoden, Entscheidungs- und Bewertungsprozesse sowie die zu ergreifenden Maßnahmen wählen können.

- o Die Inhalte eines Partizipationsprozesses müssen dem Anliegen entsprechen, das den in Armut lebenden Menschen am nächsten liegt, ihre Anliegen müssen sich in der Argumentation zur Entscheidungsfindung wiederfinden.

- Menschen mit Armutserfahrungen sind Realisten und Realistinnen: Sie verlangen nicht das Unmögliche, wollen aber auch nicht bemuttert oder bevormundet werden.

### 1.6. Partizipation muss in der Gesellschaft und nicht nur bei politischen Behörden verankert werden:

- Für BündnispartnerInnen muss durch Bewusstseinsbildungsarbeit gesorgt werden.
- Die Nachhaltigkeit eines gemeinschaftlichen Lebens, das aus freien Wahlmöglichkeiten besteht, muss garantiert werden.

### 1.7. Partizipation ist eine gemeinsame Verantwortung und eine gegenseitige Verpflichtung.

- Politische EntscheidungsträgerInnen müssen sich hundertprozentig dafür engagieren.
- Der partizipatorische Prozess an sich ist nicht verhandelbar und muss zu Ermächtigungsprozessen mit ganz konkreten Auswirkungen führen.

### 1.8. Partizipation erfolgt mittels folgendem Mechanismus:

- Entscheidung über die zu behandelnden Fragen
- Diskutieren der Fragen
- Erarbeiten von Vorschlägen
- Diskussion darüber mit den Behörden
- Umsetzung der Maßnahmen in die Praxis
- Analyse der Ergebnisse
- Bewertung der Ergebnisse

# Arbeitsgruppe 3

## Faktoren, die Partizipationsprozesse stärken

### *Auf politischer Entscheidungsebene*

- Politische EntscheidungsträgerInnen müssen den in Armut lebenden Menschen aktiv zuhören.
- Partizipation muss strukturell verankert werden:
  - durch ausreichend häufige Sitzungen
  - durch die notwendigen technologischen Ressourcen (Internet)
- Der direkte Zugang zu europäischen Finanzmitteln für kleine Organisationen muss erleichtert und die Zahl der administrativen Zwischenstufen und Einrichtungen reduziert werden.
- Der Informationsfluss zwischen europäischer Ebene und kleinen Verbänden muss flüssiger und transparenter gestaltet werden.
- Partizipation muss langfristig garantiert werden, um Follow-up und Kontinuität zu gewährleisten.
- Eine ständige europäische Beobachtungsstelle soll eingerichtet werden, um Forschungsarbeit und Maßnahmen sinnvoll zu kombinieren und notwendige Aktivitäten zu koordinieren.

### *Auf Ebene der Einzelpersonen und Organisationen*

- Von Armut betroffene Menschen müssen stärker in Partizipationsprozesse einbezogen werden, wodurch die überproportionale Präsenz von SozialarbeiterInnen vermieden würde.

- Partizipationsprozesse brauchen finanzielle Ressourcen (Partizipationsbudgets). Als Beispiele geeignete Programme sind bereits angelaufen.
- Organisationen müssen sehr darauf achten, was sie sagen und wie sie es sagen. Sie müssen zudem in der Lage sein, zum richtigen Zeitpunkt zu agieren, d.h. in der Phase der Ressourcenverteilung.
- Die funktionierende Zusammenarbeit zwischen sozialen Organisationen, in Armut lebenden Menschen, Behörden, Medien u.a. ist entscheidend.
- Den politischen EntscheidungsträgerInnen müssen gute Beispiele für Partizipationsprozesse präsentiert werden.
- Partizipation erfordert eine einfache Sprache.
- Es muss mehr Foren wie dieses geben; das hier erarbeitete Feedback ist für einen Bewertungsprozess unterschiedlicher Möglichkeiten der Partizipation hilfreich.

“Diese Begegnung darf sich nicht auf einen guten Bericht beschränken”. Spanien

“Auf Papier kann man alles sagen”. Niederlande

“Partizipation ist die Grundlage der Demokratie. Auf welchen Ebenen? Auf allen Ebenen: ohne sie wird sich nichts wirklich verändern”. Deutschland



# Arbeitsgruppe 4

## 1. Zusammensetzung und Funktionsweise der Gruppe

Die Arbeitsgruppe zeichnete sich durch stark divergierenden Zusammenhänge aus, in denen die TeilnehmerInnen zu arbeiten – und zu partizipieren – gewohnt sind, aber auch durch viele Gemeinsamkeiten. Die Gruppe umfasste Menschen, die derzeit einer Ausbildung nachgehen, Menschen, die in Aufnahmezentren leben, ehemalige Obdachlose, die jetzt im sozialen Sektor aktiv sind, sowie eine Reihe von SozialarbeiterInnen, die Armut nur als Aussenstehende kennen. Trotz dieser unterschiedlichen Lebenserfahrungen und der Vorbereitungszeit, die alle als zu kurz empfunden haben, engagierten sich die TeilnehmerInnen in der Diskussion, und der Gruppe gelangen Fortschritte in einem konstruktiven und kohärenten Dialog. Trotz der von ihnen erlebten Rückschläge sind die TeilnehmerInnen nicht verbittert und in einer Haltung der Ablehnung gegenüber der Gesellschaft. Im Gegenteil, sie möchten Teil dieser Gesellschaft sein.

## 2. Die wichtigsten angeschnittenen Fragen

Wegen des hohen Anteils der von Obdachlosigkeit Betroffenen in der Gruppe konzentrierten sich die Diskussionen auf Fragen der Unterbringung und des Wohnraums. Es wurden aber auch andere Fragen angeschnitten, u.a. Beschäftigung, Ausbildung, Eingliederung in die Gesellschaft und Arbeitswelt, sowie Erfahrungen der Isolation.

## 3. Die entwickelten Partizipationsmodelle

Es wurden vier Ebenen der Partizipation identifiziert, von denen jede auf eine andere Form der Partizipation verweist:

- (zwischen)menschliche Partizipation (Sozialarbeit durch Menschen, die das Problem aus eigener Erfahrung kennen)
- Partizipation innerhalb einer Organisation (z.B. ein teilweise selbstverwaltetes Wohnheim)
- organisationsübergreifende Partizipation (Vernetzung) und
- politische Partizipation (Partizipation in politischen Entscheidungsprozessen).

Wirksame Partizipation trifft auf allen Ebenen auf ähnliche Hindernisse.

Aus den Gesprächen ergaben sich in diesem Zusammenhang deutlich eine Reihe von *Vorbedingungen* für eine effektive und effiziente Partizipation:

- Menschen mit Armutserfahrungen müssen *Gehör finden* und ernstgenommen werden
- ihr Fachwissen muss *geschätzt* werden
- sie müssen durch *gezieltes Training* verstärkt zur Partizipation befähigt werden
  
- von Armut betroffene Menschen müssen auf *allen* Ebenen – auch auf den obersten – involviert werden
- auch Menschen in ihrer Umgebung müssen sich für den Veränderungsprozess einsetzen und entsprechend Anstrengungen übernehmen

## 4. Schlussfolgerungen

Alle versuchen im Bereich ihrer Möglichkeiten und im jeweils eigenen Zusammenhang für Verbesserungen zu sorgen. Jene, die bereits im Kontakt mit Behörden engagiert sind, geben den anderen Hoffnung: sie sind eindeutiger Beweise dafür, dass ein partizipatorischer Dialog möglich ist und zu einem Ergebnis führen kann. Die Tatsache, dass die Partizipation in manchen Ländern besser funktioniert als in anderen, zeigt die Bedeutung von Erfahrungsaustausch und vom Austausch guter Praxismodelle.

Die Nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung könnten eine willkommene Gelegenheit sein, um die Partizipation von benachteiligten Menschen in der EU zur allgemeinen Praxis werden zu lassen, wenn sie entsprechende Lösungen entwerfen und wenn Partizipation darin als entscheidender Grundsatz für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung niedergeschrieben wird.

# Arbeitsgruppe 5

## 1. Partizipation

Auch wenn politische EntscheidungsträgerInnen wollen, dass die in Armut lebenden Menschen partizipieren, können diese sich nur beteiligen, **nachdem ihren grundlegenden Bedürfnissen entsprochen wurde**. Wie kann jemand, der hungrig oder krank ist oder auf der Straße lebt, zur Partizipation aufgefordert werden?

Partizipationsprozesse erfordern:

- Einen klaren Beginn durch **kleine, kohärent organisierte Freiwilligengruppen** mit klar definierten Zielen und Standpunkten.
- **Die Mittel** für eine korrekte Partizipation: **PartnerInnen**, die ein **Netzwerk** auf der Grundlage von Kenntnissen (Hebelwirkung dessen, was wir wissen), wichtigen Ressource-Personen oder Gruppen einrichten; sowie **Formen der finanziellen Unterstützung**, die auch kleinen Organisationen leicht zugänglich sind.
- Ein umfassendes Verständnis des Systems, d.h. Einsicht in das politische und institutionelle Umfeld, das die entscheidende Grundlage für die Entwicklung von Partizipationsmodellen bildet.
- Eine entsprechende **Formalisierung und Institutionalisierung** (Gesetzgebung, Regelwerke, Treffpunkte) als Grundlage.

All diese wissenschaftlich gestützten Grundlagen können für einen **öffentlichen Fokus** auf Partizipationsprozesse sorgen, dabei sind die **Medien** wichtiges Kommunikationsmittel. Menschen mit Armutserfahrungen müssen in diesem Zusammenhang selbst entscheiden (können), welches **Bild** sie von sich vermitteln wollen.

Partizipation ist ein **langer Prozess**, der **Schritt für Schritt** entwickelt wird.

Wenn jedoch harte Entscheidungen anstehen, beginnt die Angst zu regieren.

Diese kann durch die hier genannten Vorschläge überwunden werden.

Die Nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung:  
7 Grundsätze zu ihrer Ausarbeitung:

### 1. Verbreitung

Die Pläne sollten in den bestehenden und künftigen EU-Ländern auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene Anwendung finden.

### 2. Kommunikation

Die Pläne müssen eine Verpflichtung für alle Mitgliedstaaten enthalten, diese zu verbreiten und den betroffenen AkteurInnen der Zivilgesellschaft Informationen zu übermitteln.

### 3. Prävention

Prävention sollte als übergreifender Politikbereich in allen Bereichen entwickelt werden, anstatt einzelne politische Fragen nur getrennt anzuschneiden.

### 4. Umsetzung

Zur Umsetzung der NAPs müssen mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

### 5. Harmonisierung

Es sollte einen verstärkten Fokus auf das Engagement zur Harmonisierung der Sozialpolitiken geben.

### 6. Bewertung

Eine detailliertere Bewertung der NAPs ist entscheidend, dafür braucht es klare Indikatoren, die an die mit den NAPs verbundenen spezifischen Kriterien anschließen, um so einen fragmentierten Ansatz zu vermeiden.

### 7. Beschäftigungsfähigkeit

Im Austausch und in der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten ergibt sich eine weite Vielfalt von Beschäftigungsmöglichkeiten. Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Genossenschafts-, Selbsthilfe- und Non-Profit-Sektoren zu stärken.

# III. Die Partizipations-Debatte vorantreiben

## Berichte aus den Arbeitsgruppen zum Thema Partizipation

Nachfolgend sind Auszüge aus jenen Gesprächen angeführt, die in den 5 verschiedenen Arbeitsgruppen des zweiten Treffens stattfanden. Die Zusammenfassung bündelt die wichtigsten gemeinsamen Gedanken.

Von den TeilnehmerInnen wurden sowohl fördernde als auch die Partizipation behindernde Faktoren benannt, diese betreffen die folgenden drei "Sphären": 1) Gruppen und Verbände 2) Behörden und politische EntscheidungsträgerInnen und 3) Gesellschaft und mögliche BündnispartnerInnen.

### 1. Faktoren, die einen partizipatorischen Prozess ermöglichen

#### 1.1 Gruppen und Verbände

##### a) Die Existenz als Gruppe

- Die allererste Bedingung zur Gründung einer Gruppe besteht darin, sich einfach und freiwillig treffen zu können.
- Die Gruppe muss eine Existenzberechtigung haben, d.h. die dazugehörigen Mitglieder müssen eine gemeinsame Agenda und/oder Werte haben, um ein "Wir" bilden zu können.
- Die in der Gruppe involvierten oder mit ihr assoziierten in Armut lebenden Menschen müssen lange genug Teil der Gruppe bleiben, um darin "wachsen" zu können.
- Die Fluktuation der Gruppenmitglieder darf innerhalb eines bestimmten Zeitraums einen bestimmten Prozentsatz nicht überschreiten, um die Existenz der Gruppe nicht zu gefährden.
- Die gemeinsame Agenda und geteilte Werte schaffen ein Zugehörigkeitsgefühl zur Gruppe, ein Bewusstsein für Bildungsprozesse und für die Bedeutung der Mitgliedschaft in dieser Gruppe.
- Die Gruppe muss von Aussenstehenden als eigenständige Einheit sichtbar und erkennbar sein.

##### b) Die Stärkung der Gruppe und ihrer Mitglieder

- Die Gruppe muss (zumindest) ein gemeinsames Projekt entwickeln und auf der Grundlage einer gemeinsamen Agenda und gemeinsamer Werte handeln.
- Sie muss sich auf jene Motive stützen, die einzelne Mitglieder zum Handeln bewegt - z.B. die Entschlossenheit, den Zyklus der Lebenserfahrungen zu durchbrechen und Prozesse, unter denen Betroffene gelitten haben, zu stoppen.

- Innerhalb der Gruppe muss der Fokus auf dem Wiederaufbau von Selbstvertrauen und Vertrauen in andere gelegt werden.
- Die Gruppe muss den inneren Zusammenhalt pflegen, z.B. durch die Ausarbeitung eigener Regeln und die Verabschiedung von Arbeitsmethoden, die von allen akzeptiert werden. Unterschiede und Konflikte, die es in allen Freiwilligenorganisationen gibt, müssen offen ausgesprochen und so lange erörtert werden, bis alle Meinungsverschiedenheiten behandelt sind.
- Ein bedeutender Meilenstein wird der Übergang vom Status eines Klienten/einer Klientin zum Gruppenmitglied und schließlich zum Vertreter bzw. zur Vertreterin der Gruppe sein.
- Respekt für jede/n Einzelne/n und seinen/ihren jeweiligen Rhythmus muss innerhalb der Gruppe gewährleistet sein.
- Die Gruppe muss sich auf die Entwicklung und Stärkung ihrer internen Solidarität über jedwede interne Meinungsverschiedenheiten hinaus konzentrieren, und dasjenige, das jede/n Einzelne/n unterscheidet, respektieren.
- Sie muss zudem Solidarität nach aussen entwickeln und stärken und damit ihr Gruppenimage bei anderen Gruppen und in der Öffentlichkeit profilieren.

##### c) Grundlagen für partizipatives Arbeiten

- Förderung der Fähigkeiten der Gruppenmitglieder, Freihalter von Raum und Zeit für den Austausch von Ideen, Diskussionen, die notwendigen Sitzungen, die Erarbeitung von Papieren.
- Die Gruppenmitglieder erarbeiten und entwickeln selbst, was für ein gestärktes persönliches und kollektives Selbstbewusstsein notwendig ist.
- Es werden Wege gesucht, Entschlossenheit und Zielorientiertheit der Gruppenmitglieder zu unterstützen, da partizipatorische Prozesse langwierig sind und die involvierten Personen leicht eine Enttäuschung und damit Frustration ihrer Hoffnung auf schnellere Ergebnisse erleben können.
- Alle Gruppenmitglieder übernehmen in zunehmendem Maße größere individuelle und kollektive Verantwortlichkeiten, z.B. die Festlegung der Tagesordnung für Sitzungen, das Treffen praktischer Vorbereitungen, die Übernahme eines Follow-ups, einen Beitrag zur Verwaltung des Budgets, Entscheidungen über die Verteilung der verfügbaren Mittel, usw.

- Fachwissen, Kompetenzen und Fähigkeiten der Mitglieder werden geschätzt; diese Wertschätzung kommt auch in den verteilten Aufgaben und Positionen zum Ausdruck.
- Die Gruppe erarbeitet klare und stabile Organisationsstrukturen.
- Ziele werden klar definiert.
- Für die notwendigen Weiterbildungs- und Trainingsmaßnahmen in allen Bereichen wird gesorgt, grundlegende Fertigkeit, wie Lese- und Schreibfertigkeit, Selbstvertrauen, das Eintreten für die eigenen Interessen, Protokolltechnik, Kenntnisse über die politischen Institutionen und deren Funktionsweise, Kenntnisse über Sozialfürsorge und –politik sowie deren Methoden und Techniken werden vermittelt.
- Die Bildung von Netzwerken oder der Beitritt zu einem bestehenden Netzwerk wird angestrebt.

#### d) Strategien zur Partizipation und während des partizipatorischen Prozesses

- Politische, soziale und wirtschaftliche Vorgaben – d.h. das Umfeld, in dem die Gruppe sich im Rahmen eines partizipatorischen Prozesses befindet – werden untersucht und analysiert. So werden beispielsweise sozialpolitische Maßnahmen, die nicht in einen partizipatorischen Prozess münden einer kritischen grundsätzlichen Prüfung im Hinblick darauf unterzogen, was durch einen Partizipationsprozess an Mehrwert erreicht hätte werden können.
- Menschen mit Armutserfahrungen werden darauf achten, in ihren Forderungen realistisch zu bleiben, sowohl bei den Vorschlägen, die den politischen EntscheidungsträgerInnen unterbreitet und mit ihnen diskutiert werden, als auch bei den zeitlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer sie Ergebnisse zu erzielen hoffen.
- Im Rahmen des partizipatorischen Prozesses wird darauf geachtet, alle AkteurInnen im Feld mit einzubeziehen (soziale, politische und administrative AkteurInnen). Die in Armut lebenden Menschen werden alle übergreifenden Bereiche analysieren und nutzen.
- Eine wichtige Arbeitsmethode besteht darin, von Beginn an auf etwaige gemeinsame Interessen von Menschen mit Armutserfahrungen und jenen Menschen, die keine Erfahrung mit Armut und Ausgrenzung gemacht haben, zu achten. Zum Beispiel kann eine Gemeinsamkeit darin bestehen, dass (beinahe) alle sich eine gute Zukunft für ihre Kinder wünschen. Im Hinblick auf Unterschiede und Unähnlichkeiten wird versucht, sich auf die positiven Aspekte zu konzentrieren.
- Aktionen werden sorgfältig vorbereitet. Dazu gehört auch die Überprüfung der Entsprechung der angepeilte(n) Ergebnis(se) mit den grundsätzlich angestrebten Zielen.
- Im Rahmen der Arbeit in ihrer Gruppe müssen Menschen mit Armutserfahrungen darauf pochen, von Anfang an in den Partizipationsprozess einbezogen zu werden, d.h. von der Entwicklung von Ideen bis hin zu den Phasen der Bewertung. Bei Treffen mit Behörden erfolgt die Kommunikation nach dem von der Gruppe entwickelten und verabschiedeten Konzept.
- Gespräche und Diskussionen werden in mehrere Etappen geführt, wobei für die notwendige Zeit gesorgt wird, um das bei jeder Sitzung Beschlossene zu prüfen.
- In der politischen Arbeit werden auch neue, kreative und unkonventionelle Methoden, z.B. ein Sit-in angewendet, sowie proaktive Methoden, wie etwa sich selbst zu großen Ereignissen einzuladen oder politische EntscheidungsträgerInnen in direkte Diskussionen zu verwickeln, usw. Die Anwendung dieser Methode wird im voraus geprüft und diskutiert und hängt davon ab, ob die jeweilige Methode als geeignet eingeschätzt wird. Darüber hinaus werden auch andere Mittel eingesetzt, wie beispielsweise parlamentarischen Anfragen an die regierende/n Partei/en.
- Wenn Projekte in Kooperation mit (administrativen und/oder politischen) Behörden durchgeführt werden, wird die Gruppe dafür sorgen, dass sie in Budgetplanung, –verwaltung und –kontrolle einbezogen wird.
- Kommunikations- und Informationsfluss zwischen der Gruppe und den Behörden erfolgen in beide Richtungen, und bedienen sich einer möglichst klaren und einfachen Sprache Fachausdrücke werden durch Begriffe ersetzt bzw. auf eine Weise erklärt, die es Menschen mit Armutserfahrungen ermöglicht, sich die notwendige Fachterminologie anzueignen.
- Jede Gelegenheit des Gesprächs mit politischen EntscheidungsträgerInnen wird genutzt.

#### 1.2. Behörden und politische EntscheidungsträgerInnen

- Der Dialog von Behörden und politischen EntscheidungsträgerInnen mit Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, muss von Offenheit, einer grundlegenden Bereitschaft zum Zuhören, sowie von Respekt für Erfahrungen und Arbeitsrhythmus von Menschen mit Armutserfahrungen geprägt sein. Diese Haltung bildet das Fundament für jeglichen Partizipationsprozess. Der Dialog muss außerdem vom politischen Willen, soziale Maßnahmen und deren Auswirkungen auf den Alltag von in Armut lebenden Menschen zu verbessern, geprägt sein.
- Die oben genannten Faktoren müssen mit der Bereitschaft, die Lebenserfahrungen von Menschen, die in Armut leben, zu verstehen und aus ihnen zu lernen, einher gehen.
- Die jeweiligen Behörden und EntscheidungsträgerInnen müssen zudem Kompetenz und Erfahrung der in

Armut lebenden Menschen, die aus deren persönlicher Betroffenheit entstanden sind, akzeptieren.

- Diskriminierung darf keinen Raum in diesen Gesprächen bekommen, der Austausch muss auf einem auf Gegenseitigkeit und Langfristigkeit angelegtem Engagement beruhen, nur auf diese Weise kann ein gewisses Vertrauensverhältnis entstehen.
- Es wird eine einfache und verständliche Sprache verwendet. Fachbegriffe werden erläutert, bis sie von allen korrekt verstanden werden.
- Im gesamten Prozessverlauf muss für einen funktionierenden Kommunikationsfluss in beide Richtungen gesorgt werden, damit weitgehend reibungslose und klare Gespräche geführt werden können und die bestmöglichen Bedingungen für konstruktive Interaktion geschaffen werden.

### 1.3. Gesellschaft und mögliche BündnispartnerInnen

- Medienarbeit spielt eine weitere wichtige Rolle. Dabei sollten vor allem jene Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehprogramme angesprochen werden, die auf Informationen ohne Sensationsdarstellung setzen, und jene Bilder verbreiten, die Menschen mit Armutserfahrungen über die eigene Situation vermitteln möchten. Die Kooperation mit Medien verlangt eine sehr professionelle und detaillierte Vorarbeit, einschließlich klarer Botschaften. Dabei soll auch versucht werden, den Prozess der Zusammenarbeit möglichst transparent zu gestalten.

Darüber hinaus ist es notwendig, im Umgang mit denjenigen Medien, die Stereotype, sensationelle Exklusivnachrichten und simplistische Bilder der in Armut lebenden Menschen verbreiten, zu versuchen, die von ihnen vermittelten Bilder zu verändern.

- In der Kooperation mit Gewerkschaften werden vor allem Fragen, wie beispielsweise das Lobbying für Vollbeschäftigung anzusprechen sein, da in diesen Prozessen auch zu beachten ist, dass Menschen mit Armutserfahrungen oft gezwungen werden, Arbeitsplätze anzunehmen, die ihre aktuelle Situation nicht wirklich verbessern. Darüberhinaus muss erörtert werden, wie erfahrungsgestützte Kompetenzen in Verbindung mit innovativen Schulungsprogrammen die selbe Bedeutung erlangen wie Ausbildungsergebnisse in Verbindung mit formellen Qualifikationen.
- Im Rahmen der Prüfung bestimmter politischer Vorschläge und geplanter Projekte werden die Gruppen Partnerschaften mit Fachleuten mit speziellem Wissen auf dem jeweiligen Gebiet eingehen, z.B. im Falle von Projekten in Verbindung mit komplexen Gesetzgebungen mit AnwältInnen, oder mit StädteplanerInnen und ArchitektInnen, wenn es um städtische oder ländliche Raumplanung oder um sozialen Wohnbau geht.

- Gruppen von in Armut lebenden Menschen werden nach Bündnismöglichkeiten mit unterschiedlichen Initiativen, Organisationen und Gruppen suchen, darunter Kirchen, karitative Einrichtungen, Firmen oder akademische Einrichtungen.
- Freiwilligenorganisationen von in Armut lebenden Menschen werden nach BündnispartnerInnen entweder innerhalb des/der Netzwerks/-e suchen, dem/denen sie angehören, oder durch Kontaktaufnahme mit Gruppen/Netzwerken, die ihnen die benötigten Kenntnisse und Kompetenzen liefern können.
- Auch bestehende Gesetze sollen genutzt werden. Dabei soll nach möglichen Hebelwirkungen gesetzlicher Maßnahmen gegen Diskriminierung, sowie im Hinblick auf den garantierten Zugang zu Grundrechten gesucht werden. Im diesem Sinne sind auch weltweit anerkannte Benchmarking-Instrumente wie etwa die Erklärung der Menschenrechte, die europäische Chartas, usw. heranzuziehen.
- Die Gesamtzahl der in Armut lebenden Menschen kann als unterstützendes Argument verwendet werden. Dabei muss deutlich gemacht werden, dass diese eine soziale Kraft darstellen.
- Auch die Verfügbarkeit angemessener, hochleistungsfähiger Ressourcen in den Bereichen Infrastruktur, Technologie, humane Kompetenzen und Finanzierung sind von entscheidender Bedeutung.
- In Armut lebenden Menschen können sich auch an SozialarbeiterInnen wenden, die in Gruppenarbeit und kooperativen Arbeitsmethoden ausgebildet sind.

### 1.4. Ergebnisse partizipativen Arbeitens

- Nützliche Informationen werden wirksam verbreitet; sie erreichen die in Armut lebenden Menschen, einschließlich jener, die in sehr kleinen lokalen Gruppen organisiert sind.
- Die über partizipatorische Prozesse umgesetzten politischen Korrekturen steigern die Wirksamkeit politischer Maßnahmen, indem sie deren negative Auswirkungen beseitigen bzw. einschränken.
- Die Qualifikation von in den Dialog involvierten SozialarbeiterInnen wird im Rahmen des Partizipationsprozesses optimal genutzt und gesteigert.
- Werte und erfahrungsgestützte Erkenntnisse von in Armut lebenden Menschen werden (besser) anerkannt: Stereotype verschwinden allmählich, und ein positive(re)s und realistischer Bild der in Armut lebenden Menschen tritt zu Tage.
- Verbindungslinien zwischen derzeit segmentierten Politikfeldern werden aufgezeigt.: Die wirtschaftliche, finanzielle, steuerliche, landwirtschaftliche und soziale Sphäre werden miteinander verbunden, diese Verbindung führt zu einer neuen Arbeitsphase, die auf das Erreichen einer

Kohärenz für das Wohlergehen der Gesellschaft insgesamt ausgerichtet ist. Dieser Prozess könnte (vielleicht) auch den Weg für eine effizientere Nutzung aller Ressourcen ebnen.

## 2. Faktoren, die den partizipatorischen Prozess behindern

### 2.1. Gruppen und Verbände

- Erfahrungen und Gefühle der in Armut lebenden Menschen im Blick auf sich selbst, können ein bedeutendes Hindernis sein, um den ersten Schritt in Richtung Partizipation zu machen, der darin besteht einander die Hand zu reichen.
- Keine oder zu wenige gemeinsame Werte, Benchmarks, Ziele und Methoden.
- Zu starke Fluktuation und/oder eine zu hohe Rotation der involvierten Beteiligten in und rund um die beteiligten Gruppen erschwert langfristige Aktivitäten und behindert jene Kontinuität, die für den Erfolg von Partizipationsprozessen entscheidend ist.
- Sowohl in ländlicher als auch in städtischer Umgebung stellt die geographische Verstreutheit der betroffenen Menschen oft ein Hindernis für eine Gruppenbildung dar.
- Gruppen, in denen
  - Zeit und/oder Mittel für die Kontaktpflege mit anderen Gruppen/Netzwerken fehlen,
  - Ressourcen zunächst und vor allem als "Top-down"-Hilfe und -Unterstützung gewährt werden, werden Schwierigkeiten bei der Förderung von Partizipation erfahren.
- Die in sehr kleinen, rein gemeinschaftsorientierten Gruppen organisierten Menschen in Armut haben große Schwierigkeiten, Zugang zu direkt verwendbaren Informationen und im Hinblick auf die Anerkennung als VertreterInnen ihrer Gruppen und ihrer Anliegen zu finden.

### 2.2 Behörden und politische EntscheidungsträgerInnen

Politische EntscheidungsträgerInnen erweisen sich als ungeeignet für die Einführung von Partizipationsprozessen, wenn sie:

- nach Markt- und Produktivitätsregeln handeln, bei denen wirtschaftliche Ziele übermäßig hervorgehoben werden,
- mögliche Wahlrückschläge durch Maßnahmen befürchten, die Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen,
- sogar die Existenz von Armut leugnen,
- diskriminatorische Verhaltensweisen und/oder Maßnahmen an den Tag legen,
- kurzfristige Maßnahmen und Programme unterstützen,
- Strukturen und adäquate Funktionsweise der öffentlichen Politiken behindern,

- die Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen politischen Sphären und deren negative Auswirkungen auf in Armut lebenden Menschen negieren.
- Zugang zu Beschäftigung und/oder Wohnraum als einziges Ziel und schlüssigen Beweis dafür erachten, dass (alle) Probleme der in Armut lebenden Menschen durch diesen Zugang gelöst werden,
- sich einzig auf standardmäßige, categoriespezifische, kurzfristige Beschäftigungsmaßnahmen konzentrieren, um Menschen in die Erwerbstätigkeit zurückzuführen.

### 2.3 Gesellschaft und andere AkteurInnen

Eine Gesellschaft ist nicht in der Lage, positive Veränderungen im Alltag der in Armut lebenden Menschen herbeizuführen, wenn sie:

- die Existenz von Armut leugnet,
- in Armut lebende Menschen stigmatisiert,
- Diskriminierung duldet und ermutigt,
- in ihrem Handeln von der Angst anders zu sein, geletet wird,
- nicht das nötige Umfeld bietet, das Gruppen und Menschen mit Armutserfahrungen Gelegenheit gibt, ihr tägliches Los zu verbessern,
- die folgenden Zustände akzeptiert (bzw. die Augen davor verschließt):
  - steigenden Mangel an festen, korrekt bezahlten Arbeitsplätzen
  - Mangel an menschenwürdigem, bezahlbarem Wohnraum,
  - Verweigerung von Ansprüchen: z.B. Zugang zu Pflegeversorgung, gesetzlichen Rechten...
  - die Fortsetzung unmenschlicher, skandalöser Lebensbedingungen.

Gewerkschaften werden als BündnispartnerInnen für in Armut lebende Menschen und deren Gruppen kaum in Frage kommen, wenn sie:

- sich nur um Menschen mit einem Arbeitsplatz kümmern,
- ihre Strukturen nicht für Erwerbslose öffnen,
- erfahrungsgestützten Kenntnissen der Armut in Verbindung mit innovativen Schulungsprogrammen nicht die grundsätzlich gleiche Anerkennung zuteil werden lassen wie formellen Ausbildungsqualifikationen.

Kirchen und karitative Einrichtungen können keine BündnispartnerInnen sein, wenn sie:

- ihre Aktivitäten darauf beschränken, Hilfe und Unterstützung zu bieten,
- in Armut lebende Menschen nicht in ihre Strukturen einbeziehen,
- vorgeben, die in Armut lebenden Menschen einzubeziehen, ihnen aber nicht wirklich Teilhabe an den Verant-

wortungsbereichen oder Entscheidungsprozessen gewähren.

WissenschaftlerInnen werden Verbesserungen behindern, wenn sie:

- Offenheit und Deutlichkeit in ihren Untersuchungen nicht zustimmen,
- es ablehnen, Informationen weiterzugeben (z.B. wer ihr Auftraggeber ist, welche Ziele sie verfolgen, wozu die Ergebnisse genutzt werden),
- bei der Durchführung ihrer Forschungsarbeit mit mangelndem Respekt vor der Würde von Menschen mit Armutserfahrungen vorgehen.

### **Überlegungen für ein 3. Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen**

Mit Blick auf die Zukunft und auf ein mögliches drittes Treffen von in Armut lebenden Menschen wurden Diskussionen rund um die folgenden Fragen als notwendig erachtet:

- Was sollte das zentrale Ziel dieses Treffens sein?
  - o Ein Treffen von in Armut lebenden Menschen
  - o Ein Treffen von in Armut lebenden Menschen und SozialarbeiterInnen

- o Ein Anstoss zu politischer Veränderung
- o Ein symbolisches Medienereignis

- Wie kann ein drittes Treffen am besten vorbereitet werden?
  - o Innerhalb von Netzwerken und gemeinsam mit den TeilnehmerInnen
  - o Von den Netzwerken und der Dachorganisation gemeinsam
- Wie kann Kontinuität (weitere Teilnahme der gleichen Personen) mit der Schaffung von Möglichkeiten für die Partizipation neuer TeilnehmerInnen kombiniert werden?
- Wie können alle TeilnehmerInnen gefördert und für ein einheitliches Niveau gesorgt werden?
- Welches Thema soll gewählt werden, damit die Ergebnisse der beiden ersten Treffen bestmöglich genutzt werden können?
- Wie kann Solidarität zwischen Menschen, die unterschiedliche Formen der Armut erleben, bei einem Treffen dieser Art entwickelt und gestärkt werden?

# Anhang I

## Botschaft der griechischen Präsidentschaft an den Ministerrat, Juni 2003

Im Anschluss an dieses Treffen wurde die nachfolgende Botschaft der griechischen Präsidentschaft dem Europäischen Ministerrat, im Rahmen seiner Sitzung im Juni 2003, unterbreitet:

*Voraussetzungen für die Partizipation von in Armut lebenden Menschen:*

1. Das tägliche Problem des Überlebenskampfes muss überwunden werden; in anderen Worten: alle (armen Menschen) müssen Zugang zu ihren Rechten und zu einem Lebensstandard haben, der eine Reflexion ermöglicht. Dafür müssen zunächst Grundbedürfnisse gedeckt werden, bevor Partizipation funktionieren kann.
2. Es muss eine gute Kommunikation zwischen politisch Verantwortlichen und BürgerInnen geben. Informationen müssen klar und transparent und für alle zugänglich sein.
3. Es muss ausreichende Ressourcen (finanzielle, technologische und personelle Unterstützung) geben, um Partizipation zu ermöglichen und zu gestalten. Diese Ressourcen dienen der Unterstützung jener Organisationen, die mit den in Armut lebenden Menschen arbeiten. Projekten brauchen langfristige Unterstützung, insbesondere die Projekte zur beruflichen Wiedereingliederung, die nach Abschluss des Wiedereingliederungswegs auf nachhaltige Weise eine stabile Beschäftigung gewährleisten sollen.
4. Es ist erforderlich, die in Armut lebenden Menschen zu beteiligen, sobald Ideen präsentiert werden und bis hin zum Zeitpunkt der Evaluierung politischer Maßnahmen. Für Evaluationsprozesse sind klare Qualitätskriterien notwendig. Ein entsprechendes Verfahren sollte in die NAP's zur sozialen Eingliederung integriert werden.
5. Die Partizipation der in Armut lebenden Menschen sollte bei der Gestaltung von sozialen Maßnahmen berücksichtigt werden, besonders in einer Zeit der Veränderung europäischer Strukturen.
6. Die aktuellen Bewertungsverfahren der NAP's zur sozialen Eingliederung sollten sowohl bezüglich der quantitativen als auch der qualitativen Indikatoren intensiviert werden.
7. Jeder Mitgliedstaat sollte ausreichende Unterstützung für die Entwicklung und den Ausbau von (lokalen, transversalen, städtischen, ländlichen...) Netzwerken gewähren, in denen in Armut lebende Menschen und deren Organisationen vertreten sind.
8. Um den sozialen Maßnahmen eine größere Kohäsion zu verleihen, ist die Übereinstimmung zwischen den NAPs Eingliederung und den Beschäftigungsnaps zu steigern.

*Im Anschluss an das 2. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen legt die griechische Präsidentschaft folgende Vorschläge vor:*

Mitgliedstaaten:

Intensivierung der Bemühungen zur Förderung der Partizipation von in Armut lebenden Menschen auf allen Ebenen und Entwicklung struktureller Netzwerke.

Mitgliedstaaten und Kommission:

Planung bzw. Verstärkung der Beteiligung der in Armut lebenden Menschen, sowohl als grundsätzliches Prinzip als auch konkret in der Ausarbeitung der NAPs incl.

Europäische Kommission und die aufeinanderfolgende europäischen Präsidentschaften:

Ermöglichung der Organisation dieser Art von Treffen als Teil des jährlichen Arbeitsprogramms (ähnlich der jährlichen Roundtable-Gespräche)



## Anhang II - TeilnehmerInnenliste

### AUSTRIA

KOEHLER Dietmar  
Dr. Hanswenzlgasse 8  
1230 WIEN  
FAX 00 43 16991168  
ibd.koehler@utanet.at

JUDENDORFER Gottfried  
Homeless people Street Paper  
Hagenm, llergasse 34/601  
1030 VIENNA  
FAX 00 43 1402694419  
eugen.bierling-wagner@armutkonferenz.at

### BELGIUM

D'HOOGE Els  
De Keeting  
Kroonstraat 64-66  
2800 MECHELEN  
00 32 15270925  
els.dekeeting@belgacom.net

SARENS Flor  
De Keeting  
Kremerslei 24 bus 3  
2570 DUFFEL  
els.dekeeting@belgacom.net

MUSABEYZOU Winny  
Fondation Espoir d'Afrique  
Stertveld, 8  
1654 HUIZINGEN  
00 32 264897 63  
vzwfedasbl@belgacom.net

NAHIMANA Eugène Clément  
Fondation Espoir d'Afrique  
chaussée de Nivelles 794  
1500 HALLE  
00 32 26489763  
vzwfedasbl@belgacom.net

RUCEKERI Innocent  
Fondation Espoir d'Afrique  
place de la Gare 1  
1082 BRUXELLES  
FAX 00 32 26489763  
fedahalle@yahoo.fr

RIGAUX Christine  
Réseau Belge de EAPN  
214 rue Osseghem  
1080 BRUXELLES  
chrigaux@hotmail.com

UTUMBA ODIMULA Kafua  
Union des Locataires des Marolles  
rue de la Prévoyance 56  
1000 BRUXELLES  
00 32 25032792

CHAINAYE Marie-Claude  
Solidarités Nouvelles  
Rue Léopold, 36 A  
6000 CHARLEROI  
FAX 00 3271 30 69 50  
marie-claude.chainaye@belgacom.net

HAID Martine  
Solidarités Nouvelles  
Rue Léopold, 36 A  
6000 CHARLEROI  
FAX 00 3271 30 69 50  
solidarites.charleroi@brutele.be

LIMAN Sliman  
Solidarités Nouvelles  
Rue Léopold, 36 A  
6000 CHARLEROI  
FAX 00 3271 30 69 50  
solidarites.charleroi@brutele.be

### DENMARK

HAMMER Lis  
Kofoeds Skole  
Tagensvej, 29  
2200 N COPENHAGEN

SINGERTAT Maria  
Kofoeds Skole  
Sundevedsgade 19  
1751 COPENHAGEN

LARSEN Karin  
Kofoeds Skole  
Schoutgarden 32  
1791 DRAGOR  
FAX 00 45 32956217  
karinl@kofoedsskole.dk

JENSEN Viggo Steen  
SAND  
Bregnevej 7,5 LE 12  
5220 ODENSE SO  
steenviggo@msn.com

RUDOLF Ole  
SAND  
Jernaldervej 221A ITV Lej 3535  
8210 AARHUS V  
naerudvalget\_aarhusamt@yahoo.dk

POHLE Ewald  
SAND  
Marstrup Mirmevej 31  
6100 MADERSLEV  
hnohhen@mail.tele.dk

#### **FINLAND**

PULLI Maija  
EAPN Fin  
Riitasuontie 19  
25330 KUUSJOKI  
maija.pulli@kuusjoki.salonseutu.fi

SUNDELL Natalia  
Association for unemployed people in HLM  
Rekolantie 2B 14  
13210 HAMEENLINNA  
natalia.sundell@jippii.fi

HEINONEN Ahti  
TVY ry  
Asemantie 5 K 8  
33470 YLOJARVI  
ytry@saunalahti.fi

JUSTANDER Pirkko  
Finnish association of people with mobile disabilities  
Juhana herittuatie 4 B39  
00600 HELSINKI  
00 35801461443  
pirkko.j@luukku.com

#### **FRANCE**

LONGELIN Bénédicte  
Foyer d'Accueil Chartrain  
12 Rue Hubert Latham  
28003 CHARTRES  
fac28@wanadoo.fr

CHERI BIANDA Magloire  
FOYER Vers l'Avenir  
337 Chemin Martin  
42153 RIORGES - ROANNE  
magcheri@yahoo.fr

ORVANE Alain  
Association Martine Bernard  
44 Rue du Pont Neuf  
59000 LILLE  
asso.martine-bernard@nordnet.fr

MOULAOUI Nassera  
ARGOF  
21 Av.Général Michel Bizot  
75012 PARIS  
FAX 00 33 1 44757619

DUPREZ Christine  
Association Martine Bernard  
642 Bois d'Achelles  
59910 BONDUES  
christine.duprez@wanadoo.fr

LORPHELIN Catherine  
FAFNIR  
Le Clos Masure  
76210 BOLLEVILLE  
fafnir@ecosolidaire.org

LEBORGNE Isabelle  
AIPIES  
4 bis Place Félix Faure  
76210 BOLBEC  
FAX 00 33 235318621  
aipies@ecosolidaire.org

#### **GERMANY**

BOEHLKE Klaus Guenther  
Komplexbrigade Muehsam  
Mueggelstr.27  
10247 BERLIN  
FAX 00 49302946306  
netz-sozialberatung@gmx.net

GEHRKE Marlis  
Mob E.V.  
Gothaer str. 17  
12629 BERLIN  
FAX 00 49 309953811  
netz-sozialberatung@gmx.net

WALTHER Beate  
Liesegangstr. 21  
47533 KLEVE  
walther\_kleve@yahoo.de

BIEHN Erika  
EAPN Germany  
Cappeltor 12  
59555 LIPPSTADT  
00 49294178930  
bagshi.erika@web.de

SCHROTER Jens E.  
EAPN Germany  
Kastanienstr. 63  
28215 BREMEN  
j.schroeter@agab.de

THUERAUF Andrea  
Homburger Landstr 865  
60437 FRANKFURT MAIN  
falz-@t-online.de

KRAMER Imme  
Niederurseler landstr. 24  
60439 FRANKFURT  
BAGSHIBeratung@aol.com

WALTER Oliver  
Andreasstr.4  
67547 WORMS  
oliver336@t-online.de

RATHMER Otger

## **GREECE**

DIMOPOULOU Eleni  
Social Work Foundation  
Irodotou 1  
Gr-144 51 METAMORPHOSIS, Attica  
FAX 302 102 825 053  
equalike@otenet.gr

DIALINA Eleni  
Social Work Foundation  
Irodotou 1  
Gr-144 51 METAMORPHOSIS, Attica  
FAX 302 102 825 053  
equalike@otenet.gr

ZACHARA Eirini  
Social Work Foundation  
Irodotou 1  
Gr-144 51 METAMORPHOSIS, Attica  
FAX 302 102 825 053  
equalike@otenet.gr

## **IRELAND**

KEOGHAN Damien  
Lourdes Youth & Community Service  
Ir.Sean MacDermottstreet  
I-1 DUBLIN  
FAX 353 498 556 445  
lycs@eircom.net

SMITH Martin  
Irish Rural Link  
Hammondstown,Castl  
epollard,Co.WESTMEAT

DONOGHUE Ann-Margaret  
Clondalkin Travellers Development Agency

DONOGHUE Kathleen  
Clondalkin Travellers Development Agency

MORAN John  
Irish Rural Link  
Gorteen,Tubber,Moate,Co.OFFALY  
moranfamily@oceanfree.net

MCGAUGHREN Martina  
87 Dolphin House, Rialto  
DUBLIN 8 IRL

## **ITALY**

ALUISI PAOLA  
CILAP (Casa dei Diritti Sociali)  
Via Gaspare Gozzi 161  
00145 ROME  
paolaalu@hotmail.com

PERRATONE Guido  
CILAP (EMMAUS)  
C/o Emmaus Via Casale de Merode 8  
00147 ROME

SPASIANO Guisepe  
CILAP (EMMAUS)  
C/o Emmaus Via Casale de Merode 8  
00147 ROME

GRAZIOLI Rosa  
CILAP (EMMAUS)  
C/o Emmaus Via Casale de Merode 8  
00147 ROME  
mmausroma@hotmail.com

CIACCIO Fabio  
C/o Casa Famiglia Focus Via Sanno 64  
00183 ROME

CELA Shefqet  
CILAP (Casa dei Diritti Sociali)  
Via Paolo V 78  
00183 ROME

DI GERONIMO Michele  
CILAP (Casa dei Diritti Sociali)  
Via Ettore Paladini 75  
00149 ROME  
m.digeronimo@tiscali.it

PARATO Michele  
CILAP (EMMAUS)  
Via Masolino Piccolo 8/10  
44040 S. NICOLO

SEDAT Sybille  
Via Catena 7  
TREVIGNANO ROMANO

#### **NETHERLANDS**

SMEEKES Alida  
EAPN  
Ingelandenstraat823  
1382 CS WEESP  
FAX 00 31294416107  
salida@zonnet.nl

YTSMA W  
ATD 4de wereld  
ingrid.hutter@hetnet.nl

LINDEBOOM C.L  
EAPN Rijnstraat 10  
1972 VG YMUIDEN

van der VLIET Anke  
Vrouwen e/ Bijst EAPN  
Olympiaweg 117  
1076VW AMSTERDAM

HUYBERTS Anja  
EAPN  
Venkel 5 5491 KZ ST ODENRODE

DE KONING Rien  
EAPN  
Venkel 5 5491 KZ ST ODENRODE

#### **PORTUGAL**

MARTINHO Fernando  
EAPN Portugal (Coimbra)  
Rua Dr. Paulo Quintela, Lote 5 - 4<sup>o</sup>C  
3030-393 COIMBRA  
fmartinho@sapo.pt

RIBEIRO Maria Fernanda  
EAPN Portugal (Coimbra)  
Urbanizaçõ Enconsta do Sol, Lote 6, R/c Esq.  
3130-255 SOURE

RIBEIRO Antnio Manuel  
EAPN Portugal (Braga)  
Lugar de Real - Seramil  
4720 AMARES

ANTUNES, José Luís  
EAPN Portugal (Porto)  
Praça Guilherme Gomes Fernandes, 45 - 4<sup>o</sup>  
4050 PORTO

#### **SPAIN**

HERNANDEZ JIMENEZ Ricardo  
Asociacion Gaz Kalo Merindad de Sanguesa 10, entrep. Der  
Es-31600 BURLADA  
FAX 34 948 071 312  
gazkalo@retena.net

TAPIADOR MALAGON Miguel  
Ayuntamiento de Miguel Turra  
Irlanda n24 Es-13170 MIGUELTURRA  
FAX 34 926 241 015  
tsocial@navegalia.com

BANOUB Rabia  
Red Andaluzia  
C/Sevilla n8-711  
Es-29009 MALAGA  
FAX 34 952 39 32 00  
malaga@acoge.org

AL GOUCH Nourdin  
Red Andaluzia  
C/Sevilla n8-711  
Es-29009 MALAGA  
FAX 34 952 39 32 00  
malaga@acoge.org

VIRELLA SANCHEZ Juan Pedro  
Red Andaluzia  
Parque las Naciones, 31. 1º Izquierda  
Es-41008 SEVILLA  
FAX 34 954 90 07 73  
jpvirella@teleline.es

PAGADOR PECO Carmen  
Ayuntamiento de Miguel Turra  
Irlanda nº24 Es-13170 MIGUELTURRA  
FAX 34 926 241 015  
tsocial@navegalia.com

GALLARDO GARCIA-SAAVEDRA Maria Luisa  
Ayuntamiento de Miguel Turra  
Plaza Mariana Pineda 1-8-A  
Es-13500 CIUDAD REAL  
FAX 34 926 24 10 15  
luisargueton@navegalia.com

SERRANO CARRASCOSA Ana Belen  
EAPN CLM Santa Leocadia nº5-1º B  
45002 TOLEDO  
FAX 34925257921  
eapn.clm@retemail.es

SEGOVIA BERROGUI David  
EAPN-CLM  
C/Juan de Goienetxe nº4, 3B  
31014 PAMPLONA  
FAX 34 948211858  
lamajari@pangea.org

#### **UNITED KINGDOM**

GALASHAN Dawn  
31 Marquis Road, Woodside AB242QY ABERDEEN UK  
dawn\_galashan@btconnect.com

HARVEY Jim  
Poverty Alliance/CAP Network Scotland  
25 Valleyfield Street  
G214DH GLASGOW SCOTLAND  
FAX 00 1413530686

OXLADE Dale  
APNAC  
Lalbion flats Cilfynydd Rd Portypridd  
CL37 4NJ WALES

KELLY Peter  
Poverty Alliance 162 Buchanan Street  
G1 2LL GLASGOW SCOTLAND  
FAX 00 1413530686  
peter.kelly@povertyalliance.org

STANLEY Moira  
31 Parc Alun Mold  
CH71LQ FLINTSHIRE WALES

#### **SWEDEN**

JOHNSON Gith  
KRIS -Criminals Return In Society)  
Bondegatan 9A  
11623 STOCKHOLM  
FAX 00 4686432960  
githj@hotmail.com

SIGURD Björn  
Box 151  
17822 EKERO STOCKHOLM  
bjornsigurd@hotmail.com

LONEGREN Philip  
EAPN  
Lindhagensgatan 59  
S-11243 STOCKHOLM  
philiplonegren@chello.se

BOHLIN Östen  
VAGA VARNA VARANDRA  
Karlavägen 27  
S-11431 STOCKHOLM  
FAX 4686117326

HELLGREN Bo  
KIC-Kooperativ IdéCentrum  
Box 9037  
S-12609 HAGESTEN  
FAX 08-447 48 19  
bo@kic.se

SAMUELSON Rolf  
RSMH  
Ferlingsgatan 73  
S75428 UPPSALA  
rolf.samuelson@telia.com

**POLAND**

ZARZYCKI Wojciech  
BARKA foundation for mutual help  
os. Powstancow Narodowych 31/4  
61215 POZNAN  
FAX 00 48618516678  
wzarzycki@barka.org.pl

MAJ Krzysztof  
BARKA foundation for mutual help  
11 listopada 128D/C3  
62031 LUBON  
FAX 00 48618516678  
kmaj@barka.org.pl

**BULGARY**

MINEV Douhomir  
PERSPEKT  
159 Rakovski Str. 1000 SOFIA  
FAX 00 35929885448  
perspekt@tradel.net

JELIAZKOVA Maria  
PERSPEKT  
159 Rakovski Str. 1000 SOFIA  
FAX 00 35929885448  
perspekt@tradel.net

**HUNGARY**

GYORI Peter  
Shelter Foundation  
Szentkiralyi Utca 22-24  
H-1088 BUDAPEST  
FAX 00 3613203097  
gyori\_peter@yahoo.com

**LATVIA**

CIMDINA Ilva  
NGO Centre LATVIA  
Lacplesa 52/54-22  
LV-1011 RIGA  
FAX 00 371-7289227  
ilva@ngo.org.lv

**TEAMS**

De BOE Françoise  
Service Pauvreté  
Rue de la Loi, 150  
1040 BRUXELLES  
françoise.deboe@antiracisme.be

GORIS Josée  
Cellule Pauvreté  
Anspachlaan, 1  
1000 BRUSSEL  
josee.goris@minsoc.fed.be

MOLINGHEN Sophie  
Cellule Pauvreté  
Bd. Anspach, 1  
1000 BRUXELLES  
sophie.molinghen@minsoc.fed.be

KENNINGHAM Sarah  
ATD Quart Monde  
Av.Victor Jacobs 12  
1040 BRUXELLES  
sarah.kenningham@tiscali.be

TERMOTE Henk  
Steunpunt Armoedebestrijding  
Rue de la Loi, 150  
1040 BRUXELLES  
henk.termote@antiracisme.be

DIERCKX Danielle  
UFSIA  
Prinsstraat 13  
2000 ANTWERPEN  
FAX 032-3-220 46 36  
danielle.dierckx@ufsia.ac.be

NOLMANS Cynthia  
EAPN  
Rue du Congrès 37-41/2  
1000 BRUXELLES  
cynthia.nolmans@eapn.skynet.be

DRAPIER Geoffroy  
Comité des Marolles  
Rue de la Prévoyance, 56  
1000 BRUXELLES  
cgam@wanadoo.be

HERMANS Marja  
Welzijnszorg  
Huidevetterstraat, 165  
1000 BRUSSEL  
marjahermans@welzijnszorg.be

MORAS Diane  
APGA  
apga.moras@antwerpen.be

GIEDTS Sofie  
FLORA  
Vooruitgangstraat 333/8  
1030 BRUSSEL  
sofiegiedts@florainfo.be

ROTTIERS Julia  
FLORA  
Vooruitgangstraat 333/8  
1030 BRUSSEL  
julia@florainfo.be

HOREMANS Mathias  
Mr & ms HOREMANS Ludo & Ingrid  
EAPN  
Rue du Congrès 37-41/2  
1000 BRUXELLES  
ludo.horemans@antwerpen.be

FARRELL Fintan  
EAPN  
Rue du Congrès 37-41/2  
1000 BRUXELLES  
fintan.farrell@eapn.skynet.be

VEREECKEN Léopold  
Forum Belge de lutte c/pauvreté  
Rue Alphonse Renard, 86/7  
1180 BRUXELLES  
leopold.vereecken@skynet.be

GERONDAL Micheline  
EAPN  
Rue du Congrès 37-41/2  
1000 BRUXELLES  
micheline.gerondal@skynet.be

HUBERT Cécile  
Grandes Villes  
Bd. Anspach, 1  
1000 BRUXELLES  
cecile.hubert@minsoc.fed.be

JANSEN Carine  
Ministère Région Wallonne-  
Intégration sociale  
Rue des Masuis jambois, 5  
B-5100 JAMBES  
FAX 032/81-32 84 79  
c.jansen@mrw.wallonie.be

FONSECA Clara  
EAPN  
Rue du Congrès 37-41/2  
1000 BRUXELLES  
clara.fonseca@eapn.skynet.be

VAN HUMBEECK Patrik

MAES Kris

#### **AUTHORITIES**

REPPAS Dimitros  
Ministre du Travail et de la Sécurité Sociale - Présidence  
grecque de l'Union Européenne

VANDE LANOTTE Johan  
Vice 1er Ministre et Ministre du budget, de l'intégration  
sociale et de l'Economie sociale Belge

VANDENBUSSCHE Johan  
Cabinet Vande Lanotte  
Authorities

NEELS Ann  
Chef de Cabinet Social Integration Belgian Vice Premier  
Minister of Budget, Social Integation and Social Economy

ANGELIDIS Angelos  
Attaché aux affaires Sociales de la représentation permanen-  
te Grecque

#### **CHAIRMAN**

NICAISE Ides  
Pdt.Comité de Gestion Service Pauvreté  
Van Evenstraat 2E  
3000 LEUVEN  
016 32 33 37 016 32 33 44  
ides.nicaise@hiva.kuleuven.ac.be

#### **VISITORS**

LOUIS Etienne  
LEONORI Luigi

